

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

10.12.2007

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 29. Sitzung

der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 10. Dezember 2007

Beginn : 17:30 Uhr
Ende : 22:45 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Jost Aé
- Dr. Gerhard Bartels
- Dr. Ullrich Bittner
- Dr. Jürgen Bremer
- Dr. Ralf Döring
- Rudi Duschek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Maria Gomolka
- Marion Heinrich
- Kerstin Hochheim
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Matthias Horn
- Edwin Hübner
- Wolfgang Jochens
- Markus Jülich
- Dr. Jörn Kasbohm
- Christian Kruse
- Hinrich Kuessner
- Marian Kummerow
- Christa Landmesser
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Dr. Thomas Meyer
- Karin Müller
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Rainer Mutke
- Olaf Schmidt
- Dr. Gustav Seils
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Lars Templin
- Ulla Tesmer
- Mechthild Thonack
- Bernd Uhlig
- Christiane Walther
- Wilfried Zink

Entschuldigt :

- Rita Duschek
- Dr. Lüer Kühne
- Sebastian Ratjen
- Dr. Rainer Steffens

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
- T01. Realisierung der Haushaltstelle 1.21100.940110 - Sanierung Allgemeine
Förderschule Planungsleistungen B443-29/07
Grüne/oK
- T02. Zentralisierung der Verwaltung B440-29/07
Kooperation (CDU, SPD, FDP, BG)
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Große Anfrage der Kooperation zum Industriehafen Ladebow
- 5. Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 5.1. Aufhebung des Beschlusses B235-16/06 - Zentralisierung der Verwaltung B439-29/07
Grüne/oK
- 5.2. Änderungsantrag des JHA zur Haushaltssatzung B441-29/07
Jugendhilfeausschuss
- 5.3. Weiterführung Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt
Greifswald 2008 B442-29/07
Dez. III, Amt 50
- 5.4. Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das
Haushaltsjahr 2008 B438-29/07
Dez. I, Amt 20
- 5.5. Beanstandungen aus dem Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung
2006 B444-29/07
Rechnungsprüfungsausschuss
- 5.6. Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2006 B445-29/07
Rechnungsprüfungsausschuss
- 5.7. Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Entsperrung
von Haushaltsmittel im Verwaltungshaushalt des Jugendamtes B446-29/07
Dez. III, Amt 51
- 5.8. Entsperrung von Haushaltsmittel für die Erschließung des 2. BA des B.-
Plan Nr. 42 B447-29/07
Dez. II, Amt 66
- 5.9. Entsperrung von Haushaltsmitteln für die Erschließung des B.-Plan Nr.
65 B448-29/07
Dez. II, Amt 66
- 5.10. Erhebung von Straßenausbau- und Erschließungsbeiträgen sowie
Klassifizierung der Straßen im Bebauungsplangebiet Nr. 42 "Schönwalde
I / West" B449-29/07
Dez. II, Amt 60
- 5.11. Vertreterin für den Zweckverband des Kommunalen Studieninstitutes M-V B450-29/07
Oberbürgermeister
- 5.12. Stellvertreterin der Vertreterin für den Zweckverband des Kommunalen
Studieninstitutes M-V B451-29/07
Oberbürgermeister
- 5.13. Änderung der Besetzung im Jugendhilfeausschuss (Stadtjugendring) B452-29/07
Jugendhilfeausschuss
- 5.14. Änderung der Besetzung im Jugendhilfeausschuss (Musikfabrik) B453-29/07
Jugendhilfeausschuss
- 5.15. Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Abfallproblematik“
Ortsteilvertretung
- 5.16. Erarbeitung einer Zeitschiene für die Abfallgebührensatzung
Ortsteilvertretung
- 5.17. Konzept zur Einführung von Fußgängerüberwegen ("Zebrastreifen") B454-29/07
CDU-Fraktion
- 5.18. Fahrradweg Anklamer Straße
Gruppe der FDP
- 5.19. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 72 - Galgenkampwiesen -,
Satzungsbeschluss B455-29/07
Dez. II, Amt 60

- | | | |
|-------|--|------------|
| 5.20. | Straßenbenennung im B-Plan Nr. 72 Galgenkamp
- 2. Änderung (Erweiterung)
<i>Dez. III, Amt 41</i> | B456-29/07 |
| 5.21. | Jugendhilfeplanung - 2. Fortschreibung der Spielplatzplanung 2007
<i>Dez. III, Amt 51</i> | B457-29/07 |
| 6. | Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des
Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt | |
| 7. | Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft | |
| 8. | Mitteilungen des Präsidenten | |
| 9. | Bestätigung der Niederschrift vom 05.11.2007 | |
| 10. | Schluss der Sitzung | |

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 35 Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist die Bürgerschaft beschlussfähig. Der Oberbürgermeister, Dr. König, und die beiden Stellvertreter, Herr Arenskrieger und Herr Dembski, sind anwesend.

Der Präsident ruft die Mitglieder Bürgerschaft zu zwei Spendenaktionen auf:

- Spende für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger
Das Schiff steht in der Kanzlei der Bürgerschaft.
- Spendenaktion der Lokalredaktion der OZ „Helfen bringt Freude“
zusammen mit dem Jugendamt und Sportbund Greifswald, um Kinder aus sozial schwachen Familien zu unterstützen, ihnen ein Jahr lang eine kostenlose Mitgliedschaft in Greifswalder Sportvereinen zu ermöglichen

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Fraktion Grüne/oK reicht zur Realisierung der Haushaltstelle 1.21100.940110 - Sanierung Allgemeine Förderschule Planungsleistungen eine Tischvorlage ein, die im Rahmen der Haushaltsdebatte mitzubehandeln ist.

Herr Hochschild informiert, dass es zum TOP 5.1 einen Änderungsantrag gibt, der noch verteilt wird.

Herr Hoebel teilt mit, dass sich bezüglich des Fahrradweges in der Anklamer Straße verwaltungsintern eine Lösung abzeichnet. Deshalb zieht die Gruppe der FDP die Vorlage zu TOP 5.18 zurück und bittet, sie im nächsten Bau- und Umweltausschuss einzustellen.

Für die Kooperation zieht Dr. Bremer den TOP 4. Große Anfrage der Kooperation zum Industriehafen Ladebow zurück. Diese Große Anfrage sollte schriftlich beantwortet werden. Die Kooperation ist mit einer mündlichen Beantwortung nicht zufrieden.

Herr Liskow informiert, dass die Beantwortung schriftlich erfolgen wird und allen Fraktionen und Gruppen zur Kenntnis gegeben wird. Sie kommt dann erneut in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung.

Herr Multhaus bemerkt, dass zum Ladebower Hafen nicht nur Kleine und Große Anfragen gestellt wurden, sondern der Ladebower Hafen auch Bestandteil des Haushaltes ist. Deshalb beantragt er, den Haushalt 2008 in erster Lesung zu

behandeln.

In seinen Unterlagen hat Herr Multhauf ein Material (Sanierungsträgerbericht) vorgefunden, ohne das der Haushalt nicht beschlossen werden kann.

Der Präsident lässt darüber abstimmen, den TOP 5.4 (Haushaltssatzung 2008) in erster Lesung zu behandeln.

Abstimmungsergebnis: bei 8 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Da Herr Hochschild für die Kooperation einen Änderungsantrag zur Vorlage der Fraktion Grüne/oK eingereicht hat, bittet Herr Dr. Bittner das Präsidium über die weitere Verfahrensweise zu beraten.

Daraufhin erklärt Herr Hochschild, dass es darum geht, nicht einfach einen Beschluss aufzuheben, als wäre zum Technischen Rathaus nichts passiert und man wieder bei Null anfangen müsste. Es muss am Technischen Rathaus weitergearbeitet werden.

Mit den zuvor besprochenen Änderungen, lässt der Präsident über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und
5 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr Eckart Eich, Bürger aus Wieck:

- zum Bebauungsplan Nr. 14, bezüglich der Biodieselanlage

Die Ortsteilvertretung hat dieses Vorhaben einstimmig abgelehnt. Dieses Meinungsbild entspricht genau dem der Wiecker und Ladebower Bürger.

Die Schallemissionswerte des Hafens werden schon jetzt nicht eingehalten und jetzt soll noch eine nicht abzuschätzende Geruchsbelästigung hinzukommen.

Er fordert die Verwaltung und die Bürgerschaft auf, sich kurzfristig für das Wohl der Bürger und ihrer Stadt zu positionieren und nicht nur das Gewinnstreben einzelner Firmen zu unterstützen.

Herr Senator Arenskrieger:

Sollten von diesen Anlagen Geruchsemissionen ausgehen, wäre Herr Arenskrieger der Erste, der gegen eine solche Anlage ist. Derzeit wird geprüft. Der Investor hat eine baugleiche Anlage errichtet, die in Holland bereits betrieben wird.

Das Problem, dass dort Gewerbe angesiedelt ist, ist nicht so einfach komplikationslos aufzuheben. Dort gibt es eigentumsrechtliche Fragen, Rückzahlung von Fördergeldern, die nach der Wende in Anspruch genommen wurden sowie die Frage von Betriebsverlagerungen. Neben dem Seehafen kommt eine Marina nicht in Betracht. Dafür gibt es auch keinen Investor.

Zur ökologischen Qualität von Biodieselanlagen gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Herr Wilfried Arndt:

- zum katastrophalen Zustand des Bahnhofes

Die Gäste, die unsere Stadt besuchen, werden sprichwörtlich schockiert, wenn sie unseren Bahnhof sehen. Dazu kommt noch das Problem mit dem Fahrstuhl. Die eingebaute Fahrradrinne ist keine Lösung, ehrlich gesagt, eine Schande.

Ein weiteres Problem ist der Zustand der Straße zwischen Eldena und Wieck, wenn man mit dem Fahrrad fährt. Diese Strecke ist äußerst gefährlich für Fußgänger als auch Fahrradfahrer. Diesen Weg müssen auch die Schulkinder nehmen. Sollte dort etwas passieren, wird Herr Arndt Klage gegen den Leiter des Grünflächen- und Tiefbauamtes einreichen.

Ein drittes Problem ist die Uferbefestigung der Gaststätte „Zur Fähre“. Herr Arndt fragt sich, ob die Verwaltung die Protokolle der Gremien, z. B. der Ortsteilvertretung überhaupt liest. Die Ortsteilvertreter bemühen sich um Lösungen und es wird die Umsetzung versprochen. Entweder ist es Ignoranz oder der zuständige Leiter ist überfordert. Es kann nicht sein, dass dieses Problem so lange keiner Lösung zugeführt wird.

Herr Senator Arenskrieger:

Wer Wieck mit offenen Augen sieht, muss eingestehen, dass in den letzten 10 Jahren nach der Wende mehr passiert ist als in den 40 Jahren vorher.

So etwas wie in Wieck findet man in ganz Deutschland nicht noch einmal, schon gar nicht in den alten Bundesländern.

Bezüglich der Fahrradrinne am Bahnhof bemerkt Herr Arenskrieger, dass alle wissen, dass diese nicht DIN-gerecht ist. Sie ist das, was technisch möglich ist. Die Alternative wäre: abbauen.

Zum Fahrradweg Wieck-Eldena teilt der Senator mit, dass er gerne bereit wäre, die Situation zu verbessern. Das scheitert aber leider an fehlenden Haushaltsmitteln.

Die sogenannte Hafenbahn ist im Haushalt enthalten, aber mit einem Sperrvermerk versehen. Dafür hatte sich der Finanzausschuss ausgesprochen. Ob die Hafenbahn instandgesetzt wird, das wird die Bürgerschaft zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden. Sollte die Bahn nicht wieder hergestellt werden, wäre das kein k.o. für den Gewerbehafen Ladebow.

Zur Uferbefestigung der „Fähre“ ist dem Senator nichts bekannt. Er wird den zuständigen Leiter auf die Problematik ansprechen.

Herr Arndt:

Die Bürgerschaft hat einen Beschluss zur Gebührenerhöhung für die Wiecker Brücke gefasst. Wenn solch ein Beschluss gefasst wird, muss man sich darüber im Klaren sein, dass das Auswirkungen hat. Die Bürger verlangen sichere Schulwege für die Kinder. Die Wiecker und Ladebower Bürger haben die gleichen Rechte wie die Bürger in der Innenstadt.

Herr Mutke:

Als Vorsitzender des Wirtschafts- und Kulturausschusses sagt Herr Mutke zu, sich der Fragen anzunehmen.

Zu TOP: 4 Große Anfrage der Kooperation zum Industriehafen Ladebow

- vom Einbringer vorerst zurückgezogen

Zu TOP: 5 Diskussion von Beschlussvorlagen

**Zu TOP: 5.1 Aufhebung des Beschlusses B235-16/06 - Zentralisierung der Verwaltung
B439-29/07**

Herr Dr. Bittner bringt die Beschlussvorlage der Fraktion Grüne/oK ein. Er möchte, dass die Diskussion um die Zentralisierung der Verwaltung von der

Haushaltsdiskussion getrennt wird. Die Fraktion ist der Meinung, dass der alte Beschluss zur Zentralisierung der Verwaltung aufgehoben werden muss. Es würde nicht reichen, wenn die Mittel für die zentrale Unterbringung der Verwaltung mit dem Haushalt beschlossen werden. Dr. Bittner meint, dass die Verwaltung eine Beschlussvorlage hätte einbringen müssen, wenn sie der Meinung ist, mit einem anderen Kostenrahmen.

Im Haushaltsplan 2008 kommt die Gesamtsumme von 8,5 Mio. € nicht vor, erläutert Dr. Bittner. Dort stehen nur einzelne Anteile von etwa 3 Mio. €, die die Stadt tragen muss. Das ist der Hauptkritikpunkt der Fraktion Grüne/oK. Deshalb möchte die Fraktion, dass die Aufhebung des Beschlusses Nr. B235-16/06 durch die Bürgerschaft, getrennt vom Haushalt erfolgt.

Daraufhin erläutert Herr Arenskrieger, dass am 20.02.2006 die Bürgerschaft den Grundsatzbeschluss auf der Grundlage des damaligen Planungsstandes mit der Obergrenze von 6 Mio. € gefasst hat. Wiederholt wurde in den Gremien informiert, dass in den weiteren Leistungsphasen sich die Kosten auf ca. 8,5 Mio. € belaufen. Im Haushalt steht neben den Sanierungsmitteln der zusätzliche Eigenanteil der Stadt 2008, 2009 und 2010 von insgesamt 3,188 Mio. €. Die restlichen Gelder kommen aus Städtebaufördermitteln.

Auf der Grundlage des Grundsatzbeschlusses kann gar nichts realisiert werden, das geht nur dann, wenn die Bürgerschaft mit dem Haushalt die Mittel bereitstellt. Wenn der Haushalt so beschlossen wird, wie er vorgelegt wurde, gilt immer das, was zuletzt beschlossen worden ist.

Dr. Bartels versteht die ganze Geschichte nicht so recht.

Wenn die Kooperation 2. b) im alten Beschluss aufheben will, müssten 2. c) und 2. d) auch wegfallen, weil sie dann nicht mehr stimmen.

Der Beschluss würde aber trotzdem das Problem nicht lösen.

Im Rahmen der Diskussion bringt Dr. Döring seinen Ärger zum Ausdruck, weil in der Vergangenheit immer davon gesprochen wurde, dass ein neuer Beschluss zu fassen ist, wenn es soweit ist. Warum hat man nicht gleich gesagt, dass die höhere Summe mit dem Haushalt beschlossen werden soll?

Herr Hochschild stellt klar, dass die angesprochenen Dinge geheilt werden sollen. Deshalb bringt die Kooperation einen neuen Beschlussvorschlag ein, in dem die Obergrenze von 8,5 Mio. € festgelegt wird, weil das die Planungen jetzt so ergeben. Die Kooperation ist für das Technische Rathaus und das Technische Rathaus im Zentrum am Markt ist ein wichtiger Beitrag zur Revitalisierung der Innenstadt.

Herr Liskow erklärt, dass der Antrag der Kooperation jetzt Änderung des alten Beschlusses Nr. 235-16/06 heißt.

Herr Multhauf verteidigt den alten Beschluss in dem festgelegt wurde, dass das Technische Rathaus für maximal 6 Mio. € gebaut werden sollte. Bereits damals gab es Probleme mit dieser Summe.

Herr Multhauf hat den Eindruck, dass das Technische Rathaus gebaut werden soll, egal was es kostet. Er ist der Meinung, dass der Mehraufwand herausgeworfenes Geld ist.

Der Beschluss kann nur lauten und das erhebt Herr Multhauf zum Antrag:

Die Bürgerschaft bleibt bei Ihrem Beschluss, nämlich 6 Mio. € als Höchstgrenze für dieses sogenannte Technische Rathaus.

Unter anderem zitiert Herr Multhauf Zahlen aus einem Papier der BauBeCon, das für die Beratung im nächsten Sitzungszyklus vorgesehen ist.

Dr. Bartels stellt fest, wenn er das richtig versteht, dass im alten Beschluss unter 2. b) der Kostenrahmen auf 8,5 Mio. € festgesetzt wird. Dann wären 2. c) und 2. d) nicht mehr schlüssig.

Daraufhin erklärt Herr Hochschild, dass die Kooperation für das Technische Rathaus steht; sie steht für die Revitalisierung der Innenstadt, auch für 8,5 Mio. € ist das Vorhaben umsetzbar. Dabei denkt man sich nicht irgendetwas aus. Die Zahlen sind im Haushalt enthalten.

Herr Liedtke erläutert, dass das Projekt zur Unterbringung der Verwaltung mehrfach im Bauausschuss durch die Verwaltung vorgestellt wurde, dabei wurde auch nicht verschwiegen, dass sich der Kostenrahmen erhöht hat.

Für die Fraktion Die Linke teilt Dr. Kasbohm mit, dass die Fraktion das Technische Rathaus unterstützt, sofern es bei den 6 Mio. € bleibt.

Dr. Bittner betont noch einmal, dass im Haushalt die 8,5 Mio. € nicht drin stehen. Es gibt im Haushalt einen Punkt Investitionsprogramm, in dem alle Investitionsmaßnahmen einzeln dargestellt werden.

Herr Arenskrieger macht deutlich, wenn das Vorhaben Technisches Rathaus auf 6 Mio. € begrenzt wird, wird das Vorhaben verhindert. Wenn das Vorhaben gewollt ist, müssen auch die notwendigen Kosten akzeptiert werden. Anhand einer Präsentation erläutert Herr Arenskrieger die Finanzierung des Vorhabens „Technisches Rathaus“.

Dr. Bittner beantragt eine Auszeit, um abzusprechen, wie und in welcher Reihenfolge die Abstimmung über die gestellten Anträge erfolgen soll.

Auszeit 18:25 Uhr bis 18:28 Uhr

Der Präsident bittet Herrn Hochschild, den Antrag der Kooperation noch einmal zu erläutern.

Herr Hochschild formuliert folgenden Antrag:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. *Die Stadt erteilt der BauBeCon Sanierungsträger GmbH als ihrem treuhänderischen Sanierungsträger den Auftrag:*
 - a) *zum Zwecke der Zentralisierung der Verwaltung am Standort der heutigen Hauptpost/Telekom den erforderlichen Grunderwerb zu tätigen; als Kostenobergrenze gilt der vom Gutachterausschuss noch festzustellende Verkehrswert und*
 - b) *die zur Realisierung des Vorhabens erforderlichen Aufträge auszulösen.*
2. *Für die Realisierung des Vorhabens sollen folgende Grundsätze gelten:*
 - a) *der Grunderwerb erfolgt aus dem Sanierungsvermögen,*
 - b) *die Kosten für die Realisierung des Vorhabens (Baukosten, Planungskosten, Kosten der Projektsteuerung, Kosten für Telekommunikationseinrichtungen usw.) ergeben sich aus den nach den Verdingungsordnungen zu erteilenden Aufträgen; für das Vorhaben insgesamt (ohne die Grunderwerbskosten unter a) gilt ein Kostenrahmen von 8,5 Mio. Euro.*

Der Präsident stellt zunächst den Antrag der Fraktion Grüne/oK zur Aufhebung des Beschlusses B235-16/06 zur Abstimmung.

Die Universität- und Hansestadt Greifswald beschließt die Aufhebung des Beschlusses B235-16/06 mit dem Beratungsgegenstand „Zentralisierung der Verwaltung“ vom 20.02.2006 (Drucksache 04/397).

Abstimmungsergebnis: einige Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen und einige Stimmenthaltungen abgelehnt

Danach lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Die Stadt erteilt der BauBeCon Sanierungsträger GmbH als ihrem treuhänderischen Sanierungsträger den Auftrag:
 - a) zum Zwecke der Zentralisierung der Verwaltung am Standort der heutigen Hauptpost/Telekom den erforderlichen Grunderwerb zu tätigen; als Kostenobergrenze gilt der vom Gutachterausschuss noch festzustellende Verkehrswert und
 - b) die zur Realisierung des Vorhabens erforderlichen Aufträge auszulösen.
2. Für die Realisierung des Vorhabens sollen folgende Grundsätze gelten:
 - c) der Grunderwerb erfolgt aus dem Sanierungsvermögen,
 - d) die Kosten für die Realisierung des Vorhabens (Baukosten, Planungskosten, Kosten der Projektsteuerung, Kosten für Telekommunikationseinrichtungen usw.) ergeben sich aus den nach den Verdingungsordnungen zu erteilenden Aufträgen; für das Vorhaben insgesamt (ohne die Grunderwerbskosten unter a) gilt ein Kostenrahmen von **8,5 Mio. Euro**.

Abstimmungsergebnis: Antrag der Kooperation bei 29 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen
Der Beschluss erhält die Nr. 440-29/07.

Zu TOP: 5.2 Änderungsantrag des JHA zur Haushaltssatzung B441-29/07

Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herr Spring, bringt den Beschluss des Jugendhilfeausschusses ein und begründet ihn.
Im Rahmen dieser Erläuterungen schlägt er als Deckungsquelle die Haushaltsstelle **0.47000.717000 – Zuschüsse an Vereine und Verbände vor**.

Herr Duschek zeigt an, dass er weder an der Beratung noch an der Abstimmung teilnehmen wird.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Der Jugendhilfeausschuss beantragt bei der Bürgerschaft, die alten Planansätze im Bereich der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in der Gesamthöhe von 9.600 Euro in den Haushaltsplan von 2008 wieder einzustellen.
Als Deckungsquelle wird die Kostenstelle 0.47000.717000 – Zuschüsse an Vereine und Verbände benannt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme beschlossen

Zu TOP: 5.3 Weiterführung Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald 2008

B442-29/07

Die Einbringung und Begründung erfolgt durch Herrn Scheer.
Neu ist, dass ein Projekt Schulspeisung in den KUS aufgenommen wurde.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 6. Änderungssatzung zur Satzung für den Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 12.11.2001.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.4 Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2008

B438-29/07

Der Oberbürgermeister bringt die Haushaltssatzung 2008 ein.
Die schriftlichen Ausführungen liegen in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsichtnahme vor.

Der für den Haushalt zuständige Amtsleiter, Herr Hochheim, erläutert einige Eckpunkte zur Haushaltsplanung 2008.

Die schriftlichen Ausführungen liegen in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsichtnahme vor.

Die Stellungnahme des Ausschusses für Finanzen erfolgt durch den Vorsitzenden, Herrn Mundt (liegt schriftlich vor).

Im Rahmen dieser Stellungnahme erläutert Herr Mundt, dass der Finanzausschuss einen Sperrvermerk für die Sanierung der Eisenbahnbrücke über den Ryck beschlossen, der solange wirksam sein soll, bis über den Hafen Ladebow endgültig entschieden ist. Die zweite Änderung betrifft eine Investitionsmaßnahme in der Nexö-Schule Am Ryck. Die Sanitäranlagen sind dort in solch einem schlechten Zustand, so dass kein Aufschub geduldet werden kann. Deshalb sollen 50.000 € für die Herstellung akzeptabler hygienischer Bedingungen bereitgestellt werden. Dafür soll die geplante Sanierung der Feierhalle entsprechend gekürzt werden. Damit wird die Gesamtsumme des Vermögenshaushaltes nicht verändert.

Die Erarbeitung einer Haushaltssicherungskonzeption wird notwendig, um zeitnah den Abbau der Fehlbeträge zu erreichen. Spätestens ab 2010 gehen die Einnahmen des Landes drastisch zurück. Das wird auch in unserem Haushalt spürbar werden. Nichts wäre schlimmer, als die Handlungsfähigkeit zu verlieren.

An diese Ausführungen schließen sich die Stellungnahmen der Fraktionen an:
(Die Stellungnahmen liegen in schriftlicher Form vor.)

CDU - Fraktion	Herr Hochschild
Fraktion Die Linke	Herr Dr. Kasbohm
SPD-Fraktion	Herr Dr. Bremer
Fraktion Grüne/oK	Herr Dr. Bittner
Gruppe der FDP	Herr Hoebel
Gruppe Bürgerliste	Herr Spring

Die Fraktion Die Linke stellt folgende Anträge:

1. Erweiterung der Hausmeisterstellen für große Sporthallen auf eine 1,0 Stelle
2. Erweiterung der Hausmeisterstellen für Mehrzweckhalle auf eine 1,5 Stelle
3. 25.000 € zur Umsetzung der Fachkabinette der Greif-Schule sind in den Vermögenshaushalt einzustellen (Deckungsquelle – Bahnparallele)
4. Beibehalten des ursprünglichen Planansatzes für Spielgeräte auf öffentlichen Spielplätzen von 45.000 € aus der Bahnparallele
5. 50.000 € für die Herrichtung einer Parkplatzfläche für Berufsschule Beimler-Straße (Einnahme aus Verkauf Liegenschaft an der Karl-Krull-Straße einstellen)

Im Rahmen der Diskussion der Bürgerschaftsmitglieder zum Haushalt 2008 bringt Dr. Döring den Antrag ein, in die Sanierung zu investieren. Folgender Antrag der Fraktion Grüne/oK liegt bereits schriftlich vor:

Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Realisierung der Haushaltstelle 1.21100.940110 - Sanierung Allgemeine Förderschule Planungsleistungen, in Höhe von 25.000 € im Haushaltsplan 2008.

Als Deckungsquelle schlägt die Fraktion die Pauschalentschädigung vor, weil die Erhöhung des Sitzungsgeldes (Neufassung der Hauptsatzung) erst einmal nicht vorgesehen ist.

Daraufhin bemerkt der Präsident, dass das Sitzungsgeld den Verwaltungshaushalt betrifft und die Planungsleistungen für die Sanierung den Vermögenshaushalt betrifft. Außerdem wird die entsprechende Beschlussvorlage zur Neufassung der Hauptsatzung nach Abstimmung mit den Fraktionen in die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung eingestellt.

Daraufhin schlägt Dr. Döring als Deckungsquelle die Kostenstelle 1.75100.940000 – Feierhalle vor.

Frau Tesmer bemerkt, dass die Spielplätze in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald in einem sehr schlechten Zustand sind. Für die SPD-Fraktion schlägt sie vor, die entsprechende Haushaltsstelle für die Sanierung der Spielplätze von 15.000 € um 30.000 € auf 45.000 € zu erhöhen.

Im Rahmen der Diskussion macht Herr Multhauf auf verschiedenen Probleme aufmerksam. Seiner Meinung nach weist der Haushaltsplan eine soziale Schiefelage auf. Der Oberbürgermeister und seine Stellvertreter sollen gestaffelt mehr Geld erhalten. Dabei zitiert er aus dem Haushaltsplanentwurf. Auf der anderen Seite stehen die Reinigungskräfte. Deshalb spricht er von einer sozialen Schiefelage. Seitens der Reinigungskräfte gibt es ein an die Bürgerschaft gerichtetes Schreiben, aus dem Herr Multhauf zitiert. Was mit den Reinigungskräften gemacht wird, bezeichnet er als böse. Wer diesem Haushalt, so wie er vorgelegt wurde, zustimmt, setzt die Betrügerei fort.

Aufgrund der letzten Äußerung, konkret dem Wort „Betrügerei“, erteilt Herr Liskow um 20:49 Uhr Herrn Multhauf einen Ordnungsruf.

Herr Multhauf erwartet vom Oberbürgermeister, dass er alle Anstrengungen unternimmt, das Reinigungspersonal von der niedrigsten Stufe „1“ auf Stufe „2“ anzuheben.

Herr Multhauf rügt die Aussage von Herrn Dembski, dass er für das Reinigungspersonal nicht zuständig ist.

Begrüßt wird seitens seiner Fraktion, dass endlich die Absicht besteht die Arbeitszeit der Angestellten der Verwaltung von 36 auf 38 Stunden zu erhöhen. Warum wird aber die Arbeitszeit nicht auf 40 Stunden erhöht?

Wie sicher ist das Bestreben, per Tarifvertrag die Arbeitszeit auf 38 Stunden zu

erhöhen? In diesem Zusammenhang erinnert Herr Multhauf, dass das Personal seit 1999 14,3 Mio. € zur Sanierung des Haushaltes beigetragen hat. Herr Multhauf bekräftigt seinen Standpunkt, dass Hartz IV aus den verschiedensten Gründen weg muss, auch wegen der Belastung des städtischen Haushaltes.

Im Rahmen der Diskussion bittet Herr Mutke die Relationen hinsichtlich der Bezahlung im öffentlichen Dienst und in der freien Wirtschaft zu beachten. Greifswald steht relativ gut dar, weil es einige Unternehmen gibt, die mit der Gewerbesteuer die Quote nach oben verlagern. Daraus ergibt sich der relativ gute Stand der UHGW zu anderen Städten in Mecklenburg-Vorpommern.

Frau Dr. Fassbinder findet es gut, dass Greifswald eine familienfreundliche Stadt ist, regt aber an für die Sanierung der Spielplätze eine andere Deckungsquelle zu wählen.

Zum Thema Post und deren Finanzierung wurde lange diskutiert. Frau Heinrich beantragt, alle Kostenstellen, die sich mit dem Umbau der Post zum Technischen Rathaus befassen, mit einem Sperrvermerk zu versehen, mit der Auflage, dass die Verwaltung die Vorteile des Projektes schriftlich darstellt.

Herr Multhauf bemerkt bezüglich Hartz IV, dass zugesichert wurde, mit Hartz IV Geld einzusparen. 2004 bis 2008 sind 10,5 Mio. € mehr als vorher ausgegeben worden bzw. werden.

Herr Multhauf hält die Bahnparallele für absolut unsinnig und überflüssig. Für die Bahnparallele werden 27,2 Mio. €, inzwischen 2,6 Mio. € mehr gebraucht als geplant.

Zur BauBeCon: Der Haushalt der UHGW war in den letzten Jahren schon deshalb ungesetzlich, weil die BauBeCon den Jahresbericht nicht vorgelegt hat.

Frau Heinrich erklärt ausdrücklich, dass in der Bürgerschaft politische Entscheidungen getroffen werden, wo es nicht immer notwendig ist, Deckungsquellen aufzuzeigen. Die Fraktion hat kein Problem damit, zu sagen, für ein Projekt wie es der Umbau der Post zum Technischen Rathaus ist, 2,5 Mio. € mehr auszugeben. Dann sollen aber auch die 30.000 € für die Spielplätze genehmigt werden. Frau Heinrich fordert alle Fraktionen auf, ihre Zustimmung zu geben, 30 T€ mehr also insgesamt 45.000 € für die Sanierung der Spielplätze auszugeben.

Für Herrn Duschek ist wichtig, dass der Sozialausschuss einstimmig empfohlen hat, die Stelle der Behindertenbeauftragten in eine Vollzeitstelle umzuwandeln. Seit Jahren wird über dieses Problem gesprochen.

Dr. Bartels regt an, sollte die Veräußerung des Minderheitsanteils an der WVG mbH nicht zustande kommen, dass der Oberbürgermeister sofort eine Haushaltssperre erlassen müsse, weil dann alles zusammenbricht und ein neues Haushaltssicherungskonzept gebraucht werde. Nichts geht davon aus, dass der Anteilsverkauf 2008 kassenwirksam wird. Ein derartiges Schreckensszenario sei völlig aus der Luft gegriffen, meint Dr. Bartels. Der Haushaltsentwurf 2008 hängt nicht vom Anteilsverkauf an der WVG mbH ab.

Der Bausenator, Herr Arenskrieger, teilt mit, dass in den letzten Jahren immer 15.000 € für die Spielplatzsanierung eingestellt wurden. Die Verwaltung hat intern beraten und auch festgestellt, dass diese Gelder nicht ausreichen. Er schlägt vor, diese Ausgabe im Laufe des Haushaltsjahres über eine überplanmäßige Ausgabe zu erhöhen.

Dr. Kasbohm stellt in Frage, ob die für die Bahnparallele 2008 geplanten 12 Mio. € auch 2008 abgerufen werden müssen. Bisher hat jede Planung solch großer Vorhaben länger gebraucht.

Dr. Bremer macht darauf aufmerksam, dass Frau Tesmer den Antrag im Namen der SPD-Fraktion gestellt hat, für die Spielplatzsanierung 30 T€ mehr in den Haushalt einzustellen. Er bittet darum, dass über diesen Antrag abgestimmt wird. Die Deckungsquelle „Förderung junger Familien“ ist deshalb gewählt worden, weil die Fraktion der Meinung ist, dass die Familien, die ein Eigenheim bauen können, sozial und finanziell so gestellt sind, dass sie auf die wenigen EURO, die als Förderung von der Stadt kämen, verzichten können.

Herr Kremer, Leiter des Amtes 23, erklärt, dass die Deckungsquelle „Förderung junger Familien“ nicht als Deckungsquelle herangezogen werden kann, weil der Wert im Haushaltsplan bereits auf Null steht. Die Förderung kann nicht wie in den vergangenen Jahren erfolgen.

Herr Multhauf dringt darauf, dass seine gestellten Fragen beantwortet werden.

Dr. Kasbohm will zur Sachlichkeit beitragen. Herr Multhauf hat das Recht, Fragen zu stellen und auch darauf, eine Antwort zu erhalten.

Der Präsident weist darauf hin, dass diese Fragen im Finanzausschuss erörtert wurden und jeder die Möglichkeit gehabt hätte, an den entsprechenden Sitzungen teilzunehmen.

Daraufhin erläutert Herr Arenskrieger bezüglich der Frage zu den Reinigungskräfte, dass es zwischen dem Kommunalen Arbeitgeberverband und der Gewerkschaft Verdi speziell für Reinigungskräfte einen Tarifvertrag gibt. Dieser Vertrag wurde geschlossen, um sozialversicherungspflichtige Verhältnisse für die Reinigungskräfte zu erhalten. Die Reinigungskräfte in der Stadtverwaltung verdienen deutlich mehr als die in der Privatwirtschaft. Sie erhalten 2008 als erste die Anpassung 100 % West. Die UHGW ist die einzige kreisfreie Stadt, die selbst Reinigungskräfte beschäftigt. Der Stundenlohn liegt zurzeit bei 7,57 € Brutto, gegenüber 6,36 € in der privaten Wirtschaft. Die Anpassung wird bei 8 € liegen.

Der Präsident fasst zusammen und lässt über die gestellten Anträge abstimmen:

1. Antrag des Finanzausschusses
Sperrvermerk für den Ersatzneubau der Eisenbahnbrücke über den Ryck

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Antrag des Finanzausschusses
50 T€ für die Sanierung der Sanitäranlagen in der Nexö-Schule
(Deckungsquelle soll die Feierhalle - 1.75100.940000 sein.)

Frau Müller hat an dieser Abstimmung nicht teilgenommen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Stimmenthaltungen
beschlossen

- Sanierung Allgemeine Förderschule Planungsleistungen in Höhe von 25.000 €
(Deckungsquelle soll die Feierhalle - 1.75100.940000 sein.)

Abstimmungsergebnis: bei 21 Ja-Stimmen, 13 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen
Der Beschluss erhält die Nr. B443-29/07.

Antrag 1.) und 2.) der Fraktion die Linke:

1. Erweiterung der Hausmeisterstellen für große Sporthallen auf eine 1,0 Stelle
2. Erweiterung der Hausmeisterstellen für Mehrzweckhalle auf eine 1,5 Stelle

Abstimmungsergebnis: bei 13 Ja-Stimmen, 16 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen abgelehnt

Antrag 4. der Linken Beibehalten des ursprünglichen Planansatzes für Spielgeräte auf öffentlichen Spielplätzen von 45.000 € aus der Bahnparallele

Hier sagt der Oberbürgermeister eine Lösung über eine überplanmäßige Ausgabe im laufenden Haushaltsjahr 2008 zu.

Antrag 5. der Linken 50.000 € für die Herrichtung einer Parkplatzfläche für Berufsschule Beimler-Straße (Einnahme aus Verkauf Liegenschaft an der Karl-Krull-Straße einstellen)

Herr Kremer erklärt, dass die Flächen der Stadt gehören. Er geht nicht davon aus, dass die Verhandlungen in 2008 zum Abschluss kommen und deshalb nicht als Deckungsquelle zur Verfügung stehen.

Daraufhin erklärt Dr. Kasbohm, dass das in der Entscheidung der Bürgerschaft liegt, dass es 2008 dort zu einer Lösung kommt.

Herr Multhauf unterstützt das Anliegen, die entsprechende Fläche als Parkplatz für die Berufsschule an der Beimler-Straße herzurichten, weil die Berufsschule verpflichtet ist, für die Auswärtigen Parkplätze vorzuhalten. Nebenbei bemerkt er, dass die Berufsschule 910.000 € jährlich nur an Schullastenausgleich zahlt. Als Deckungsquelle schlägt Herr Multhauf vor, die geplanten Einnahmen von 1,9 Mio. € aus Allgemeinen Verkäufen auf 1,95 Mio. € zu erhöhen.

Der Präsident lässt über den Antrag der Fraktion Die Linke abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 15 Ja-Stimmen, 18 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen abgelehnt

Herr Duschek bittet noch einmal, zu prüfen, die Stelle der Behindertenbeauftragten in eine Vollzeitstelle umzuwandeln.

Da keine weiteren Anträge gestellt werden, lässt der Präsident über folgenden Beschluss zur Haushaltssatzung abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Haushaltssatzung 2008 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald sowie den Haushaltsplan 2008 entsprechend der im § 46 KV M-V und § 2 GemHVO getroffenen Vorschriften

Abstimmungsergebnis: bei 27 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Frau Heinrich hat im Rahmen der Diskussion den Antrag gestellt, an allen Positionen einen Sperrvermerk anzubringen, die den Umbau der Post zum Technischen Rathaus betreffen. Der Präsident lässt nachträglich darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis: bei 8 Ja-Stimmen, 24 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen abgelehnt

Dieses Abstimmungsergebnis gehört noch zum Tagesordnungspunkt 5.4 (Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2008).

Pause von 21:25 Uhr bis 21:43 Uhr

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlagen zu TOP 5.5 und 5.6 erfolgen durch den Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Dr. Seils.

Kritisch merkt Dr. Seils an, dass es noch Beanstandungen aus dem Haushaltsjahr 2005 gibt, die noch nicht ausgeräumt sind. Sollte dies in absehbarer Zeit nicht erledigt sein, werden die entsprechenden Amtsleiter vor den Rechnungsprüfungsausschuss geladen, um dort Stellung zu nehmen.

Aufgefallen ist dem Ausschuss der außerordentlich hohe Anteil an ausgereichten Fördermitteln. Die Verwendungsnachweise wurden geprüft und als korrekt bewertet.

Der Übertragung von Haushaltsausgaberesten in das folgende Jahr muss mehr Bedeutung beigemessen und mehr kontrolliert werden.

Zusammenfassend stellt Dr. Seils fest, dass die Beanstandungen nicht so gravierend sind, dass sie den Haushalt in Frage stellen und damit der Oberbürgermeister nicht entlastet werden könnte.

Für die Verwaltung nimmt Herr Wille Stellung.

Da die Haushaltswirtschaft im Amt für Wirtschaft und Finanzen erfolgt, ist auch nicht verwunderlich, dass dort mehr Beanstandungen zu finden sind als in anderen Fachämtern. Die Beanstandungen hätten alle in einem Punkt zusammengefasst werden können, weil es der gleiche Bereich ist. Eine Ursache ist damit begründet, dass es 2005 eine Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung gegeben hat. Dort wurden die Regeln für Sonderrücklagen neu geregelt. Außerdem gab es im Januar noch einen Haushaltserlass, der die Auslegung präzisiert hat.

Das ist nicht nur in Greifswald so, diese neuen Regelungen sorgen im ganzen Land für Unsicherheiten, was die Rechtsauslegung betrifft.

Wenn es gewünscht ist, würde Herr Wille dem Rechnungsprüfungsausschuss nähere Erläuterungen geben.

Bezüglich der Beanstandungen aus 2005 arbeitet die Kämmerei mit dem Rechnungsprüfungsamt zusammen und es zeichnet sich ab, dass diese Beanstandungen in Kürze ausgeräumt werden.

Dr. Bartels regt an, dass bereits im Rechnungsprüfungsausschuss die Stellungnahme der Verwaltung vorgelegt wird und dass Vertreter der Verwaltung anwesend sind. Im Rahmen der Stellungnahme der Fraktion der Linkspartei geht Dr. Bartels auf einige Aussagen im Schlussbericht ein.

Dr. Bartels beantragt, die beiden Punkte des Entlastungsbeschlusses einzeln abstimmen zu lassen.

Herr Multhauf bemerkt, dass an mehreren Stellen des Prüfberichtes gefunden, dass nicht korrekt gearbeitet wurde. Für ihn bedeutet das, dass gesetzliche Vorgaben nicht eingehalten wurden. Bezüglich der Abfallwirtschaft zitiert Herr Multhauf aus der Seite 65, dass gegen die Gemeindehaushaltsverordnung verstoßen wird.

Frau Darmer, Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes, versucht die entstandene Schiefelage in der Diskussion etwas zu korrigieren. Es geht nicht um 2,51 €, es geht darum, dass an der Stelle der vom Gesetzgeber geforderte Ausgleich herzustellen ist und dann werden auch 2,51 € in die Rücklage gestellt. Frau Darmer bestätigt einige Erläuterungen von Dr. Bartels, dass wenn der Vermögenshaushalt in die Planung geht, die Kassenwirksamkeit nicht genügend Berücksichtigung findet. Dort muss zukünftig eine qualitativ bessere Planungsarbeit erfolgen.

Herr Multhauf bittet um Informationen bezüglich der Ergebnisse des Landesrechnungshofes.

Der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes liegen bislang keine Ergebnisse der Prüfung des Landesrechnungshofes vor.

Der Präsident lässt über die Vorlagen abstimmen.

Zu TOP: 5.5 Beanstandungen aus dem Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2006

B444-29/07

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, die Beanstandungen aus der Prüfung der Jahresrechnungen 2005 und 2006 abschließend auszuräumen. Die Beanstandungen B 10/2006 und B 17/2006 sind aufgrund der Festlegungen der Rechnungsprüfungsausschusssitzung am 14.11.2007 erledigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.6 Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2006

B445-29/07

Die Bürgerschaft der UHGW beschließt die Annahme der Jahresrechnung 2006.

1. Der Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2006 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

2. Mit der Annahme der Jahresrechnung 2006 wird der Oberbürgermeister für das Haushaltsjahr 2006 entlastet.

Abstimmungsergebnis: bei 23 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.7 Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Entsperrung von Haushaltsmittel im Verwaltungshaushalt des Jugendamtes

B446-29/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die nachträgliche Bestätigung der Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zu Entsperrung von 172.000 Euro im Haushalt des Jugendamtes.

Abstimmungsergebnis: bei 31 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.8 Entsperrung von Haushaltsmittel für die Erschließung des 2. BA des B.-Plan Nr. 42
B447-29/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Entsperrung der Haushaltsstelle 1.62000.951606 Erschließung des Wohngebietes Schönwalde 1 West BP 42.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.9 Entsperrung von Haushaltsmitteln für die Erschließung des B.-Plan Nr. 65
B448-29/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Entsperrung der Haushaltsstelle 1.62000.951607 Erschließung des Wohngebietes Grimmer Straße BP 65.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen Beschlossen

Zu TOP: 5.10 Erhebung von Straßenausbau- und Erschließungsbeiträgen sowie Klassifizierung der Straßen im Bebauungsplangebiet Nr. 42 "Schönwalde I / West"
B449-29/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt für das Bebauungsplangebiet Nr. 42 „Schönwalde I / West“ die Erhebung von Straßenausbau- und Erschließungsbeiträgen nach den Regelungen der entsprechenden Satzungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen bei 1 Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 5.11 Vertreterin für den Zweckverband des Kommunalen Studieninstitutes M-V
B450-29/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wählt als Vertreterin für den Zweckverband des Kommunalen Studieninstitutes Mecklenburg-Vorpommern die Kommissarische Leiterin des Haupt- und Personalamtes **Frau Petra Demuth.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 5.12 Stellvertreterin der Vertreterin für den Zweckverband des Kommunalen Studieninstitutes M-V

B451-29/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wählt als Stellvertreterin für die Vertreterin für den Zweckverband des Kommunalen Studieninstitutes Mecklenburg-Vorpommern die Kommissarische Leiterin der Personalabteilung **Frau Gabriele Sonntag**.

Zu TOP: 5.13 Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen
Änderung der Besetzung im Jugendhilfeausschuss (Stadtjugendring)
B452-29/07

Aufgrund einer Bemerkung von Herrn Hochschild für die CDU-Fraktion, erklärt der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herr Spring, dass es dem Ausschuss nicht um das Alter des Mitgliedes geht. Entscheidend für die Arbeit ist die Sachkompetenz.

Der Präsident lässt über den Beschluss abstimmen.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Änderung der Besetzung des Mitgliedes für den Stadtjugendring e.V. im Jugendhilfeausschuss.
Stimmberechtigtes Mitglied: Herr Jens Bordel

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 12 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.14 **Änderung der Besetzung im Jugendhilfeausschuss (Musikfabrik)**
B453-29/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Änderung der Besetzung des stellvertretenden Mitgliedes für die Musikfabrik Greifswald im Jugendhilfeausschuss:
Stellvertretendes Mitglied: Frau Kathrin Pscheidl

Abstimmungsergebnis: bei 27 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 5.15 **Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Abfallproblematik“**

- vom Einbringer zurückgezogen

Zu TOP: 5.16 **Erarbeitung einer Zeitschiene für die Abfallgebührensatzung**

- vom Einbringer zurückgezogen

Zu TOP: 5.17 **Konzept zur Einführung von Fußgängerüberwegen ("Zebrastreifen")**
B454-29/07

Im Rahmen der Diskussion schlägt Frau Dr. Fassbinder vor, die Beschlusskontrolle für September 2008 festzulegen.

Für Herrn Hochschild ist dieser Termin zu spät und schlägt deshalb April 2008

VOR.

Dr. Bartels erinnert aus dem Finanzausschuss, dass der Ausschuss nur mit der Maßgabe zugestimmt hat, dass dafür kein Geld ausgegeben wird.

Der Präsident lässt darüber abstimmen, dieses Konzept ohne finanzielle Mittel umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: bei 9 Ja-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Dr. Bartels zitiert noch einmal aus dem Protokoll des Finanzausschusses.

Wiederholung der Abstimmung

Abstimmungsergebnis: bei 10 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und einigen
Stimmenthaltungen abgelehnt

Damit lässt über folgenden Beschluss in unveränderter Form abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt bittet den Oberbürgermeister, ein Konzept zur Optimierung des Verkehrs, insbesondere auch zur Einführung von Fußgängerüberwegen („Zebrastreifen“) in Auftrag zu geben. Dabei soll es Inhalt des Konzeptes sein, die Hauptfußgängerströme in der Stadt zu erfassen und Empfehlungen für die Errichtung von Fußgängerüberwegen an neuralgischen Punkten zu geben.

Abstimmungsergebnis: bei 24 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und
5 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.18 Fahrradweg Anklamer Straße

- vom Einbringer zurückgezogen

Zu TOP: 5.19 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 72 - Galgenkampwiesen -, Satzungsbeschluss B455-29/07

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Satzungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 72 – Galgenkampwiesen - wie folgt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Vorentwurfs und des Entwurfs sowie zum vereinfachten Verfahren der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 72 – Galgenkampwiesen - vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt, wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt. Der Oberbürgermeister wird die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis setzen.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt

- geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21.12.2006 (BGBl. I, S. 3316), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 2006 (GVOBl. M-V S. 102) beschließt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 72 – Galgenkampwiesen –, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung (Anlage 2).
3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 72 – Galgenkampwiesen – wird gebilligt (Anlage 3).
 4. Der Oberbürgermeister gibt den Beschluss der Satzung zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 72 – Galgenkampwiesen – gemäß § 10 BauGB ortsüblich bekannt. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung und Umweltbericht während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: bei 28 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 5.20 Straßenbenennung im B-Plan Nr. 72 Galgenkamp - 2. Änderung (Erweiterung)
B456-29/07

Aufgrund einer Nachfrage von Herrn Multhauf teilt Dr. Kasbohm mit, dass es sich hier um ein Gebiet handelt, in dem die Universität neue Leute ansiedelt und den Bezug zur Universität herstellen möchte. Deshalb ist der Vorschlag der Universität berücksichtigt worden.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
Die im Gebiet des B-Plans 72 Galgenkamp / 2. Änderung (Erweiterung) neu zu benennende Straße wird „Ratswiese“ genannt.

Abstimmungsergebnis: bei 30 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme beschlossen

Zu TOP: 5.21 Jugendhilfeplanung - 2. Fortschreibung der Spielplatzplanung 2007
B457-29/07

Auf Anregung von Herrn Multhauf wird der Beschlussvorschlag in der Richtung geändert, dass die Bürgerschaft diese Vorlage zustimmend zur Kenntnis nimmt.

Herr Scheer macht deutlich, dass die Zielstellung der Vorlage war, den Bestand an Spielplätzen zu analysieren.

Herr Kummerow erklärt, dass laut KJHG vorgesehen ist, dass sie grundsätzlich durch die Bürgerschaft beschlossen werden muss.

Daraufhin erwidert Herr Scheer, dass die vorgelegte Vorlage eine Bestandsanalyse ist, auf der aufgebaut und festgelegt werden soll in welcher Rang- und Reihenfolge die Spielplätze erneuert werden sollen.

Aufgrund einer Bemerkung von Herrn Multhauf erklärt Herr Scheer, dass in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachämtern Anfang Januar ein

entsprechender Vorschlag erarbeitet werden soll.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt die Jugendhilfeplanung - 2. Fortschreibung der Spielplatzplanung 2007 zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP: 6 **Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen
**Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des
Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

Der Oberbürgermeister gibt die Mitteilungen als Anlage zu Protokoll.

Zu TOP: 7 **Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft**

Herr Multhauf:

Herrn Multhauf ist immer noch unklar, warum die Sondersitzung zum Thema weitere Verfahrensweise hinsichtlich der Veräußerung der Anteile an der WVG mbH nichtöffentlich sein muss. Er beantragt, diese Sitzung öffentlich durchzuführen.

Dr. König Oberbürgermeister:

Der Oberbürgermeister teilt mit, dass Herr Multhauf diese Anfrage bereits in der Lenkungsgruppe, Hauptausschusssitzung gestellt hat, auf die er auch eine Antwort erhalten hat.

Herr Liskow ergänzt, dass es um Interessen Dritter geht, die zu schützen sind. Außerdem geht es um liegenschaftliche Angelegenheiten, die grundsätzlich nichtöffentlich beraten werden.

Herr Aé:

Gibt es noch Unterlagen für die Sondersitzung?

Herr Liskow, Präsident:

Es wird dieselben Informationen geben, die der Hauptausschuss in seiner heutigen (10.12.2007) Sitzung erhalten hat.

Es soll in der Sondersitzung der Bürgerschaft lediglich über das weitere Verfahren entschieden werden.

Dr. König, Oberbürgermeister:

Der Oberbürgermeister informiert die Mitglieder der Bürgerschaft, dass in der Kanzlei der Bürgerschaft ein Exposé dessen, was heute im Lenkungsausschuss vorgestellt wurde, zur Einsicht bereitliegt.

Dr. Kasbohm:

Dr. Kasbohm erklärt, dass nicht alle Bürgerschaftsmitglieder die Möglichkeit haben, sich in die Kanzlei der Bürgerschaft zu begeben, um dort Einsicht in dieses Exposé zu nehmen. Er bezweifelt, dass diese Verfahrensweise so in Ordnung ist.

Zu TOP: 8 **Mitteilungen des Präsidenten**

Der Präsident teilt mit, dass die Einladung zur Sondersitzung zusammen mit der

Einladung zu dieser Sitzung am 29.11.2007 rausgegangen ist.
Der Empfang des Präsidenten findet am 19.12.2007 um 17:00 Uhr statt.

Zu TOP: 9 Bestätigung der Niederschrift vom 05.11.2007

Herr Multhauf wird auf der Seite 4 zitiert, dass er Horn bittet sich vorzustellen.
Er bittet um folgende Ergänzung:
„Insbesondere fragt Herr Multhauf nach dem Wohnsitz von Herrn Horn.“
Weiter unten steht, dass Herr Horn sich den Mitgliedern der Bürgerschaft vorstellt. Dort bittet Herr Multhauf um folgende Ergänzung:
„Nach seinen Angaben zieht er demnächst in die Loeffler-Straße.“ – wenn Herr Multhauf das richtig in Erinnerung hat.

Daraufhin erklärt der Präsident, dass von der Bürgerschaftssitzung kein Wortprotokoll gefertigt wird. Der Präsident lässt über die von Herrn Multhauf gestellten Anträge abstimmen, die Ergänzungen in das Protokoll aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: bei 6 Stimmen dafür, 10 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen abgelehnt

Damit lässt der Präsident über die Niederschrift in ungeänderter Form abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 3 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen bestätigt

Zu TOP: 10 Schluss der Sitzung

22:45 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen:

- Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- Liste der Beschlusskontrolle in den Fachausschüssen